Nummer 33 — Stuttgart, 16. August 1919 — 37. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Guiß
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röteſtraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3,— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vor fünfzig Jahren

Einen Gedenktag haben wir Metallarbeiter in diesen Tagen wieder zu begehen: die Gründung einer der ersten deutschen Metallarbeiterorganisationen. Die erste wurde ins Leben gerufen im Jahre 1868 auf einer Berufskonferenz im Anschluß an den von den Reichstagsabgeordneten Schweitzer und Fritzsche (Lassalleſcher Richtung) auf den 28. September 1868 nach Berlin einberufenen Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung von Gewerkschaften. Diese Organisation war die „Allgemeine deutsche Metallarbeiterschaft" mit dem Sitze in Hannover. Die Spaltung der Arbeiterschaft in zwei politische Richtungen äußerte ihre Wirkungen auch auf die Schaffung von Gewerkschaften. Jede Richtung suchte sich einer Stütze durch die Gewerkschaften zu versichern. Von der Eisenacher Richtung wurde die Gründung einer Metallarbeiterorganisation erst im Jahre 1869 vollzogen. Auf einem internationalen Metallarbeiterkongresse, der am 14., 15. und 16. August 1869 in Nürnberg abgehalten wurde, trat die „Internationale Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter" ins Leben. Ueber die Verhandlungen dieses Kongresses ist leider ein einigermaßen unterrichtender Bericht nicht erschienen; aus dürftigen Zeitungsnotizen geht hervor, daß Faaz (Nürnberg) und Walter (Bamberg) den Vorsitz führten und die Orte Nürnberg, Fürth, Bamberg, Darmstadt, Leipzig, Crimmitschau, Werdau, Zürich usw. Vertreter gesandt hatten. Vorort der Organisation wurde Nürnberg, die Kontrollkommission erhielt Crimmitschau.

Ueber die Schicksale dieser beiden Metallarbeiterorganisationen haben wir bereits früher (Nr. 21/1901, Nr. 31/1916 und Nr. 40/1918) berichtet. Heute sei deshalb nur kurz noch bemerkt: Die beiden Organisationen wurden 1869 auf einem im November abgehaltenen Metallarbeiterkongreß verschmolzen. Der Sitz der neuen Organisation kam bald darauf nach Chemnitz, 1874 nach Braunschweig. Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde sie 1878 aufgelöst. Wie sich die Organisationsverhältnisse der Metallarbeiter Deutschlands unter dem Sozialistengesetz und nachher gestalteten, ist gleichfalls in den oben angegebenen Nrn. 21/1901 und 31/1916 nachzulesen. Würde es uns zurzeit nicht an dem dazu nötigen Raum mangeln, so würden wir nicht verfehlen, auch jetzt wieder ein Bild der ganzen Entwicklung der Metallarbeiterorganisationen zu geben und die früheren Darstellungen wesentlich zu ergänzen. Dieses wäre schon der vielen neuen Mitglieder unseres Verbandes wegen von sehr großem Nutzen. Aus dem angegebenen Grunde müssen wir jetzt davon absehen.

Aber dafür wollen wir einiges aus den Nürnberger Polizeiakten, in die wir vor einiger Zeit Einblick erhielten, über die Schwierigkeiten, die sich 1869 den Gründern der neuen Organisation entgegenstellten, zum Besten geben. Nach dem Statut, das der Rotgießer Joh. Faaz bereits am 10. April 1869 beim Stadtmagistrat Nürnberg eingereicht hatte, sollte die Organisation heißen: „Gewerksgenossenschaft der deutschen Metallarbeiter" und ihren Sitz in Nürnberg haben. Nach § 2 sollte der Zweck der Gewerksgenossenschaft sein:

a) Bildung eines Fonds: 1. zur Unterstützung solcher Mitglieder der Gewerksgenossenschaft, die durch Maßregelung des Arbeitgebers außer Arbeit sind; 2. zur Unterstützung in Fällen der Not.
b) Errichtung einer allgemeinen Kranken- und Begräbniskasse.
c) Gründung einer allgemeinen Wanderunterstützungskasse.
d) Gründung einer Invaliden- und Altersversorgungskasse.
e) Gewährung von Schutz an die Mitglieder gegen Bedrückung oder ungerechtfertigte Anforderungen der Arbeitgeber und Behörden, nötigenfalls Bestreitung der Kosten für alle gerichtlichen und außergerichtlichen Klagen und Führung der Prozesse aus der Gewerkschaftskasse.
f) Statistische Erhebungen über die Löhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise und den Stand des Arbeitsmarktes, überhaupt Arbeitsvermittlung.
g) Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens.
h) Gründung, resp. Unterstützung eines Preßorgans, das die Interessen der Gewerksgenossenschaft wahrnimmt.

Weitere Maßregeln und Einrichtungen zur Förderung des Zweckes der Genossenschaft können durch Beschluß der Generalversammlung getroffen werden.

Ueber die Mitgliedschaft heißt es in § 3: Mitglied kann jeder Arbeiter des Gewerkes ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, sowie jeder Kleinmeister, der nicht mehr als 4 Arbeiter beschäftigt, werden. Das Eintrittsgeld war mit 12 Kreuzer angesetzt, der regelmäßige wöchentliche Beitrag mit 3 Kreuzer. An Unterstützungen war vorgesehen: Reisegeld für jede zurückgelegte Meile 3 Kreuzer. Auf der Reise erkrankte Mitglieder sollten eine besondere Unterstützung von wöchentlich 1/3 Taler als Taschengeld erhalten. Auch Arbeitslosenunterstützung sollte gewährt werden, täglich 1/4 Taler. Für die feiernden Mitglieder waren strenge Vorschriften vorgesehen.

Wir bedauern, nicht das ganze Statut — es enthält 48 Paragraphen — wiedergeben zu können. Es wäre damit zu beweisen, daß die jetzt oft auftauchende Behauptung, die Gewerkschaften hätten ihren ursprünglichen revolutionären Charakter preisgegeben, unrichtig ist. Wohl ist in dem Statut, das später bei der Metallarbeitergewerksgenossenschaft in Geltung war, in Punkt 6 auch enthalten: „Förderung und Unterstützung von Produktivgenossenschaften, um damit das Hauptmittel zur Hebung des Arbeiterstandes zu erlangen, soweit es die Kassen- und Zeitverhältnisse gestatten, indem dadurch der Arbeitslose durch den Arbeitsertrag ersetzt wird." Auf diesen „revolutionären" Programmpunkt haben die Gewerkschaften freilich längst verzichtet, aber auch die Sozialdemokratie.

Das Statut hatte also gar nichts Staatsgefährliches an sich. Der Nürnberger (königliche) Stadtkommissär, dem das Statut vom Stadtmagistrat in Vorlage gebracht werden mußte, witterte aber doch etwas Verdächtiges. Faaz hatte bei der Einreichung nur für alle Fälle um die Genehmigung des Statuts ersucht, obwohl er überzeugt war, daß der Verein kein politischer sei, so daß die bloße Anzeige genügen würde. Auf dem Rande des Protokolls, das über die Einreichung beim Stadtmagistrat aufgenommen wurde, bemerkte jedoch der Stadtkommissär, daß er nach wie vor der Ansicht sei, auch dieser Verein befasse sich ebenso wie der der Zimmerer und Schuhmacher mit politischen Angelegenheiten. Aber er wolle wegen der wegen des Vereins der Schuhmacher erlassenen Regierungsentschließung einen Antrag unterlassen, die Angelegenheit jedoch dem Stadtmagistrat zur Erwägung anheimgeben. Der Polizeisenat des Stadtmagistrats entschied jedoch, daß der Verein nicht als ein politischer zu erachten sei.

Diese Gefahr war vorläufig abgewendet. Es wurden die Vorbereitungen zur Einberufung des Kongresses in Angriff genommen. Nun aber trat die mittelfränkische Kreisregierung auf. Faaz hatte im Nürnberger Anzeiger Nr. 161 vom 12. Juni 1869 einen Aufruf an die Metallarbeiter aller Länder zur Beschickung des Nürnberger Kongresses erlassen. Deshalb beauftragte die Regierung den Stadtmagistrat, dem J. Faaz sofort zu eröffnen, daß nach Artikel 1 des Gesetzes über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850 nur den bayerischen Staatsangehörigen das Recht zukomme, sich ohne besondere Erlaubnis zu versammeln, wenn auch Nichtbayern in einem so ausgedehnten Maße zu einer Versammlung herbeigezogen werden, sei dazu allerhöchste Bewilligung nachzusuchen. Zugleich habe der Stadtmagistrat aber auch die Verhältnisse der Metallarbeitergewerksgenossenschaft sachgemäß zu untersuchen usw.

Nach Eröffnung dieser Regierungsverfügung erklärte sich Faaz bereit, um die geforderte Bewilligung zu ersuchen. Die auf dem Kongreß zustandekommenden Statuten sollten zur Genehmigung eingereicht werden. Der Stadtmagistrat berichtete darüber an die Regierung und bemerkte besonders, daß von einer bereits stattgehabten Vereinsbildung einer internationalen Arbeitergenossenschaft keine Rede sein könne, das sei erst in Aussicht genommen. Die vorgelegten Statuten stimmten übrigens mit denen der verschiedenen übrigen in Nürnberg aufgetauchten Gewerksgenossenschaften überein.

Am 15. Juli erging ein neuer Erlaß der Regierung, worin angekündigt wurde, daß, wenn nicht bis zum 25. Juli ein Gesuch um die allerhöchste Bewilligung zur Abhaltung einer Versammlung von Metallarbeitern aller Länder bei ihr eingekommen sein sollte, durch Ausschreibung auf die Unzulässigkeit dieser Versammlung aufmerksam gemacht werden müßte.

Am 19. Juli wurde dem in aller Form entsprochen. Darauf wurde am 29. Juli der Stadtmagistrat von der Regierung zufolge einer höchsten Entschließung des Kgl. Staatsministeriums des Innern aufgefordert, über das Gesuch des Rotgießers Faaz um die Bewilligung zur Abhaltung eines internationalen Kongresses der Metallarbeiter zu Nürnberg ungesäumt eingehende gutachtliche Aeußerungen abzugeben. Der Stadtmagistrat antwortete am 30. Juli, daß die Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter sich nach ihren Satzungen lediglich mit den Privatinteressen der Arbeiter beschäftige und nicht als politischer Verein erklärt worden sei. Bei dem bisherigen Tun und Treiben dieser und anderer gleicher Vereine in ihren Versammlungen sei keine Gesetzesverletzung wahrgenommen worden und es lasse sich auch nicht erwarten, daß solche für die Folge staatsgefährliche Tendenzen verfolgen, da, wie bereits ausgeführt, der Hauptzweck ihrer Vereinigung die Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes ist. Die Bewegung auf diesem Gebiete sei eine allgemeine geworden und es wäre nicht am Platze, solcher hindernd entgegenzutreten. Eine derartige Maßregel würde schwer auszuführen sein und es stünde zu erwarten, daß, wenn die Versammlungen der gleichen Genossenschaften im bayerischen Staatsgebiet nicht gestattet, solche von einem andern deutschen Staatsgebiet zugelassen werden würden. Der vorjährige deutsche Arbeitertag sei, trotzdem sich die Ansichten schroff gegenüberstanden, doch in aller Ruhe vorübergegangen und es lasse sich erwarten, daß durch die Abhaltung eines internationalen Kongresses der Metallarbeiter in Nürnberg die gesetzliche Ruhe und Ordnung eine Störung nicht erleide.

Am 21. August 1869 — also nachdem der Kongreß bereits getagt hatte — wurde dann dem Stadtmagistrat von der Regierung mitgeteilt, daß „Seine Majestät der König unter dem 11. ds. Mts. die Abhaltung eines internationalen Kongresses der Metallarbeiter am 14., 15. und 16. ds. Mts. in der Stadt Nürnberg allergnädigst zu genehmigen geruht habe..."

Als dann im November auf dem Kongreß in Hannover die Verschmelzung mit der Allgemeinen deutschen Metallarbeiterschaft vor sich gegangen war, erstreckte sich die Fürsorge der Behörden auch auf die neue Organisation, worüber die Nürnberger Polizeiakten noch manche wichtige Einzelheiten enthalten, deren Mitteilung zu anderer Zeit noch geschehen wird. —

So wie in Bayern erfreuten sich die Gewerkschaften, neben der sozialdemokratischen Partei, in den meisten deutschen Vaterländern fortgesetzt der liebevollsten Aufmerksamkeit, die verschiedenen Vereinsgesetze und noch dazu deren spitzfindigste Auslegung durch die Gerichte waren die Mittel, mit denen sie niederzuhalten versucht wurden. Es hat das alles nichts genützt, selbst das Sozialistengesetz wurde von dem Strome der Arbeiterbewegung hinweggeschwemmt. Und alle anderen Bedrückungsmaßregeln, die nachher angewendet wurden, haben nicht verhindern können, daß unsere Ideen siegreich geblieben sind.

Die Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft bestand bis zum 26. Oktober 1878, wo sie auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde. Erst 13 Jahre später — eine inzwischen gegründete Zentralisation verfiel der Auflösung —, nachdem dieses Gesetz erloschen war, konnte ein neuer Verband, der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegründet werden und dauernd bestehen, obwohl er mit Schwierigkeiten aller Art zu rechnen hatte. Zu damaliger Zeit war es schon ein Wagnis für jeden, seiner Gewerkschaft auch nur als Mitglied anzugehören. Wer jedoch noch weiter ging, wer auch nur auf die vorsichtigste und maßvollste Weise an der Gewerkschaftsarbeit tätigen Anteil nahm, der galt als „Hetzer" und setzte sein wirtschaftliches Fortkommen aufs Spiel. Mancher Kollege konnte davon ein trauriges Lied singen, besonders, wenn er Familienvater war. Heutzutage haben die Verhältnisse sich so gründlich geändert, daß die weit überwiegende Mehrheit unserer Verbandskollegen sich gar keine Vorstellung mehr davon machen kann, wie sehr sich gegen damals die Verhältnisse verbessert haben. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß die überkommenen Formen unserer Gewerkschaft für alle Zeiten die gleichen bleiben müssen. Unser bevorstehender Verbandstag wird für einen zeitgemäßen Ausbau Sorge tragen müssen. Unsere Kollegen müssen dabei aber überlegen, daß dann aber nur wirkliche, zweckentsprechende Neuerungen geschaffen werden und nicht Aenderungen vorgenommen werden, die, bei Licht besehen, nur Rückfälle in überwundene Zeiten sind.

Internationaler Gewerkschaftskongreß

Am 25. Juli wurde in Amsterdam der Internationale Gewerkschaftskongreß eröffnet. Vertreten waren England, Schweden, Frankreich, Schweiz, Spanien, Deutschland, die Niederlande, Belgien, Norwegen, Amerika, Oesterreich. Erwartet wurden noch Italien, Dänemark, Tschecho-Slowakien, Luxemburg, Argentinien. Es liegen bisher nur lückenhafte Berichte über den Kongreß vor. Trotzdem fällt ein Teil der Presse über ihn und einige seiner Teilnehmer Urteile, die, gelinde gesagt, höchst voreilig sind. Wir werden dieses Treiben nicht mitmachen, sondern abwarten, bis ausführlichere Berichte vorliegen oder wenigstens die Angegriffenen geantwortet haben werden. Ohne Zweifel ist es ein Gewinn, daß die Gewerkschaftsvertreter der verschiedenen Länder und besonders der Länder, die am Weltkrieg beteiligt waren, endlich einmal zusammenkommen und sich aussprechen konnten. Man durfte nicht erwarten, daß es jetzt schon gleich möglich war, alle Mißverständnisse und sonstigen Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Immerhin ist doch ein Anfang dazu gemacht worden und bei beiderseitigem gutem Willen wird es wohl möglich sein, die noch vorhandenen Unstimmigkeiten bald zu beseitigen. Ein Teil dieser Unstimmigkeiten ist ohne Zweifel in der verschiedenen Veanlagung der Völker begründet. Die leidenschaftlichen Romanen fühlen, wenn etwas sie drückt, was sie nicht abwälzen können, das unabweisbare Bedürfnis, sich wenigstens in Worten Luft zu machen. Man nennt das die „schöne Geste". In anderen Ländern faßt man die Sache nüchterner auf und ist eher der Meinung, daß es keinen Wert habe, Worte um eine Sache zu machen, die man durch die Tat doch nicht ändern kann. Für „schöne Gesten" hat man dort wenig Verständnis. Man muß sich dies vor allen Dingen vor Augen halten, wenn es sich um die Stellungnahme zum Weltkrieg handelt, und das geschieht nicht allenthalben.

Daran muß man ebenfalls denken bei den Auseinandersetzungen in der Vorkonferenz am 26. Juli, als der belgische Vertreter verlangte, daß die Deutschen sich als Mitschuldige ihrer Regierungen bekennen und ihr Bedauern über die Verbrechen in Belgien aussprechen sollten. Bedauern muß man manches in der Welt. Das bedeutet jedoch noch nicht, daß man sich daran mitschuldig fühlt. Auf den Belgier antwortete Genosse Legien in längeren Ausführungen. Was darüber berichtet wird, scheint uns zu sehr der Ergänzung zu bedürfen, als daß wir uns darüber ein Urteil erlauben könnten. Wir wollen damit warten, bis uns der volle Wortlaut seiner Rede vorliegt, besonders von seinen Bemerkungen über die Abschiebung der belgischen Arbeiter. Es darf keinem einfallen, sich für unfehlbar zu halten, uns nicht, aber auch nicht der Gegenseite, und ohne Zweifel hatte der deutsch-österreichische Genosse Hueber recht, als er gleich nach Legien zu Worte kam und seine Rede mit den Worten schloß: „Nur wer davon überzeugt ist, daß er in der Periode vor August 1914 und in der vom August 1914 bis zum Waffenstillstand keinen Fehler beging, darf Steine auf uns werfen."

Die französischen Vertreter beantragten, einen Ausschuß zu ernennen, der eine Entschließung aufsetzen sollte für „eine neue Internationale auf breiterer solidarischer Grundlage mit stärkeren Sicherheiten für die Zukunft". Wir sind überzeugt, daß die französischen Gewerkschaftsgenossen von den besten Absichten beseelt sind, können über ihren Antrag aber erst urteilen, wenn wir genau wissen, wie er gemeint ist.

Der Genosse Sassenbach überreichte dem Kongreß folgende Kundgebung:

„Die deutschen Gewerkschaftsverbände erkannten stets an, daß Deutschland in bezug auf Belgien falsch gehandelt hat. Sie verurteilten immer die Kriegsgrausamkeiten, die während der deutschen Besetzung von Belgien begangen wurden. Die Deportierung der belgischen Arbeiter geschah nicht mit Zustimmung der deutschen Arbeiter. Soweit es uns während des Krieges möglich war, bekämpften wir sie. Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges war durch die Lage Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Daß dies in Deutschland allgemein geglaubt wurde, ist durch die Tatsache erwiesen, daß auch die Führer der sogenannten unabhängigen Sozialdemokratie bei Beginn des Krieges die gleiche Haltung einnahmen. Die deutsche Arbeiterklasse war stets Gegner des Krieges und der Rüstungen und stimmte niemals den imperialistischen Plänen der Regierung zu. Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was jetzt bekannt ist, bekannt gewesen wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung irregeführt und betrogen worden wäre, dann wäre die Haltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung geahnt hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war, dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Wir müssen anerkennen, daß die Arbeiter anderer Länder mehrere unserer Handlungen während des Krieges nicht billigen oder verstehen können. Diese Handlungen wurden jedoch Deutschland durch den harten Kampf, den das deutsche Volk durchzumachen hatte, aufgezwungen. Jetzt, wo uns die Wahrheit vor Augen tritt, ist es uns klar, daß viele Dinge, die wir in voller Ueberzeugung taten, nie getan worden wären. Alles, was wir getan haben, taten wir mit der vollen Ueberzeugung, daß das Recht auf seiten des deutschen Volkes stand.

Zu Beginn des Krieges versuchten wir, unsere Pflicht zu tun, ohne die Arbeiterklassen anderer Länder zu benachteiligen und ohne unsere eigenen nationalen Pflichten zu versäumen."

Die bei Abgabe dieser Erklärung noch nicht anwesenden deutschen Vertreter sahen sich dadurch zu folgender Gegenerklärung veranlaßt:

„Die Erklärung Sassenbachs hat in Deutschland starke Beunruhigung hervorgerufen. Dies veranlaßt uns, dem Kongreß bekanntzugeben, daß wir erst nach Abgabe von Sassenbachs Erklärung in Amsterdam eintrafen und ihren Wortlaut nicht billigen können. Leipart, Brey, Seitz, Hübsch, Schumann, Reichel, Sachse, Paeplow."

Diese Erklärungen haben auch mancherlei Erörterungen hervorgerufen. Auch über sie ist weitere Aufklärung dringend erwünscht.

Um die Satzungen für den internationalen Gewerkschaftsbund auszuarbeiten, war ein Ausschuß eingesetzt worden. Bei der Verhandlung über den Bericht dieses Ausschusses wurde gutgeheißen, daß die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung von jedem an den internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Land verbürgt wird. Als Ziele des internationalen Gewerkschaftsbundes wurden bezeichnet:

1. Förderung der Interessen und Bestrebungen der an den Bund angeschlossenen Organisationen auf nationaler und internationaler Grundlage.
2. Förderung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung in den nicht angeschlossenen Ländern.
3. Förderung der vereinigten Aktionen in allen Fragen von gemeinsamem Interesse für die Gewerkschaftsverbände.
4. Verhinderung des unehrlichen internationalen Wettbewerbes.
5. Schaffung eines Fonds für die Förderung obengenannter Bestrebungen und anderer Gewerkschaftsinteressen.

Für die Vertretung im Bunde wurden folgende Ländergruppen abgeteilt: 1. Vereinigte Staaten von Nordamerika, 2. Mittel- und Südamerika, 3. England und die englischen Kolonien, 4. Belgien, Frankreich und Luxemburg, 5. Italien, Spanien und Portugal, 6. Deutschland, Deutsch-Oesterreich und die Schweiz, 7. Rußland und die baltischen Provinzen, 8. Böhmen, Polen und Jugoslawien (Ungarn, Griechenland und Balkanstaaten), 9. Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen und Schweden.

Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes soll zweijährlich, möglichst im Herbst stattfinden. Jede angeschlossene Organisation darf auf Kosten des Bundes einen Abgeordneten entsenden. Dann folgten unerquickliche Auseinandersetzungen über die Abstimmungsweise auf den Bundeskonferenzen. Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, daß auf je 250 000 Mitglieder oder einen Bruchteil eine Stimme entfallen solle. Schuerch (Schweiz) beantragte, schon den ersten 200 000 oder einem Teil dieser Mitgliederzahl eine Stimme zuzuerkennen, die zweite für eine weitere Viertelmillion, die dritte für jede weitere Zahl bis zu einer Million und für jede weitere Million noch eine Stimme. Dieser Vorschlag rief bei den Nordamerikanern und den Engländern scharfen Widerspruch hervor, wodurch Jouhaux (Frankreich) sich veranlaßt sah, zu erklären, daß die Aussprache nicht von dem Geiste beherrscht sei, von dem der internationale Kongreß beherrscht sein müßte. Jeder trete für seinen Sondervorteil ein. Ein kleines Land könne eine verhältnismäßig stärkere Gewerkschaftsbewegung haben als ein großes; aber in dieser Frage dürften die kleinen Nationen nicht totgedrückt werden. Es bleibe jedoch nichts anderes übrig, als die Sitzung zu unterbrechen, um unter der Hand eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Legien, er begreife nicht, warum die Engländer und Amerikaner von dem schweizerischen Vorschlage, der eine direkte und billige Stimmenverteilung zum Ziele habe und den großen Organisationen keinen Nachteil bringe, so viel Wesens machten. Er machte, um den Engländern und Amerikanern entgegenzukommen, einen Vermittlungsvorschlag, wonach 250 000 Mitglieder eine Stimme, 500 000 Mitglieder zwei Stimmen, eine Million Mitglieder drei Stimmen und darüber hinaus je 500 000 Mitglieder eine weitere Stimme erhalten sollen. Diesen Kompromißvorschlag mache er aber nur für den Fall, daß die Amerikaner und Engländer darauf eingingen. Geschehe das nicht, so wünsche er die Beibehaltung des schweizerischen Vorschlages. Darauf erklärte Gompers (Nordamerika), zugleich im Namen der Engländer, daß sie diesen Vermittlungsvorschlag annähmen unter der Bedingung, daß er schon bei den weiteren Verhandlungen des gegenwärtigen Kongresses angewandt werde. Der Vorschlag Legiens wurde mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen. Ferner wurde beschlossen, in Amsterdam ein Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes zu errichten.

Die Organisation der früheren deutschen Kriegsgefangenen in Berlin ersuchte den Kongreß telegraphisch, etwas für die Befreiung der 800 000 Kriegsgefangenen zu tun. Der Vorsitzende beantragte, an die französische, englische und amerikanische Vertretung die Bitte zu richten, in dieser Angelegenheit bei ihren Regierungen Schritte zu unternehmen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Am 1. Juli 1920 soll der internationale Gewerkschaftsbund in Wirksamkeit treten. Der Beitrag soll für je 1000 Mitglieder jährlich 12 Gulden betragen.

Ein von Jouhaux (Frankreich), Appleton (England) und Sassenbach (Deutschland) eingebrachter Antrag, daß die Gewerkschaftsverbände beauftragt werden sollen, ihre Regierungen aufzufordern, ihren Gesandtschaften Attachés für soziale Angelegenheiten beizufügen, die von den Gewerkschaften angewiesen werden sollen, wurde angenommen.

Zum ersten Vorsitzenden des Bundes wurde Appleton gewählt, zum ersten Stellvertreter Jouhaux. Zum zweiten Stellvertreter wurden Legien und Sassenbach vorgeschlagen. Beide lehnten ab, ebenfalls Hueber (Oesterreich), worauf Mertens (Belgien) gewählt wurde. In diesem Falle enthielten die Vertreter Dänemarks, Deutschlands, Deutschösterreichs, Schwedens und Norwegens sich der Abstimmung.

Eine lange Auseinandersetzung gab es über die Teilnahme an den „Arbeiterschutzkonferenzen", die im Versailler Frieden vorgesehen sind und in Washington stattfinden sollen. Dazu sollen von jedem dem Völkerbunde angehörenden Staate je ein Vertreter der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter (!) teilnehmen. Die Engländer und die Nordamerikaner waren für die Teilnahme. Schließlich wurde doch mit 21 gegen 11 Stimmen beschlossen, nur dann nach Washington zu gehen, wenn alle Länder eingeladen werden und das Berner Programm zu Grunde gelegt wird. Weitere Beschlüsse werden gefaßt für die Aufhebung der Blockade Rußlands und für die Sozialisierung der Betriebe nach den Kommunalisierungsbestrebungen, die besagen, es sei notwendig, die Bestrebungen der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Betriebe zu vereinigen.

In betreff des Völkerbundes beschloß der Kongreß: „Der internationale Gewerkschaftskongreß von 1919 erklärt, daß der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker begründet sein müsse. Er darf nicht mehr zulassen, daß die Völker mit Gewalt ihre Sonderbestrebungen verfolgen. Der Völkerbund muß zu einer Tatsachengemeinschaft ausgebaut werden, die von dem Druck der Regierungen befreit ist. Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die arbeitende Klasse sich, wenn sie verhüten will, daß der Völkerbund Mittelpunkt der Reaktion und Unterdrückung werde, international organisieren müsse, um zu einer solchen Macht zu gelangen, daß sie eine wirksame Organisation zur Kontrolle über den Völkerbund wird." Gegen diesen Beschluß stimmten die Amerikaner, die deutschen und die niederländischen Syndikalisten.

Damit hatte der erste internationale Gewerkschaftskongreß sein Ende erreicht. Hoffen wir, daß seine Nachfolger das Angebahnte weiter ausbauen, zum Heile der Arbeiterschaft aller Länder. Eins ist dabei aber vor allen Dingen im Auge zu behalten. Der größte Fehler, den wir Deutsche vor dem Kriege machten, war der, daß wir die Arbeiter anderer Länder und ihre Organisationen nicht so erkannten, wie sie wirklich waren, sondern uns ein Bild von ihnen gemacht hatten, das der Wirklichkeit nicht entsprach. Das darf in Zukunft nicht wieder vorkommen, wenn es nicht zu Enttäuschungen führen soll. Wir werden dafür sorgen müssen, daß die Gewerkschafter aller Länder einander genauer kennen lernen.

Streit und Verträglichkeit

Wir leben in einer schwankenden Zeit. Die Stimmungen wechseln in oft jagender Unrast und viele wissen nicht, woran sie sich halten können. Mancher, der gestern noch mit anscheinend wohlgegründeten Anschauungen im Strom der Welt dastand, sieht sich schwanken und irgend einer neuen Massensuggestion erliegen. Weil die Revolution der Gewalt eine zeitlich überragende Bedeutung verliehen hat, herrscht Unsicherheit darüber, ob ihre Rolle nun in der Hauptsache wieder vorüber ist oder noch nicht. Wer der Auffassung ist, daß die Revolution „noch nicht vorüber" sei, darf deshalb ja durchaus nicht raschfertig schließen, ihr weiterer Verlauf müsse gewaltsam weiter erfolgen. Und wieweit die in Deutschland verlaufende Umwälzung auf die andern Länder weiter rückwirken wird, vermag kein Mensch genauer zu erkennen. Wir dürfen mit unserm beschränkten Menschenhirn eben auch nicht zu hochmütig werden. Wohl aber haben wir die Pflicht, scharf zu beobachten, um gleich als Kraft, als Größe mit in die Rechnung unseres Handelns einzustellen, was sich irgendwann und irgendwo im Zusammenhang der Dinge neues ergibt. —

„Ach, immer nur Worte! Taten, mehr Taten wollen wir sehen!" Sachte, mein Lieber, und zunächst: sind Worte nicht auch zugleich Taten? Sind wir mit diesen Taten nicht unter der alten Gewaltherrschaft groß und stark geworden, so daß der starre Bann gesprengt worden ist? Und haben die Gewaltmenschen diese Taten nicht so gefürchtet, daß sie für ein Wort jahrelange Kerkerhaft verhängten? Suchten nicht gerade sie durch Lockspitzel zur Gewalt aufzuputschen? Also weg mit dieser übermäßigen Trennung von Worten und Taten. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß niemals schon jeweils alles derart klar sein kann, so daß es nichts mehr zu erkennen und abzuschätzen gäbe —! Was wir aber in irgend einer Lage zu tun und zu lassen haben, das zeigt uns kein Stern von Bethlehem und keine Stimme aus den Wolken, sondern nur die Macht der Vernunft und der Einsicht in das, was ist und wie es sich zueinander verhält!

Wenn wir auch nicht wissen und — wir bekennen es bescheiden — nicht wissen können, wann und wie die aus den Fugen geratene Welt wieder festere Formen annehmen wird, dann stimmen wir doch dem russischen Revolutionär von gutem internationalen Ruf, Alexander Herzen, zu, daß eine wirtschaftliche Umwälzung nicht „mit einer tabula rasa, mit dem Abbrennen des historischen Feldes mit Stumpf und Stiel" beginnen kann, weil doch dieses Feld „mit seinen Halmen und seinem Unkraut" der ganze unmittelbare Boden ist, in dem das Volk wurzelt. (Erinnerungen von Al. Herzen, 2. Band.)

Gewiß erwartet das Volk — und mit vollem Recht! — daß nun sozusagen die „alte Zeit" vorüber sein muß und das „dritte Testament" sein Reich aufrichtet, wo als Zweck des Staates nicht mehr die Züchtung weniger Krösusse gilt, sondern die fröhliche Arbeit an der Aufgabe, daß möglichst Viele möglichst gut zu leben haben. Und dies natürlich nicht nur grobsinnlich, sondern in allseitiger harmonischer Vervollkommnung. Peter Kropotkin — noch ein russischer Name von gutem Klang — sagt im ersten Buche seiner berühmten Memoiren eines Revolutionärs, eine Revolution müsse von vornherein gegen die Zertretenen und Unterdrückten Gerechtigkeit üben und nicht mit solcher Ausgleichung auf später vertrösten, sonst werde sie sicher erfolglos sein. Wenn es Revolutionären nicht gelinge, der großen Masse die Überzeugung beizubringen, daß für sie in Wahrheit eine neue Zeit gekommen sei, so sei damit der Mißerfolg ihrer Sache besiegelt. Wenn wirklich unsere Monarchisten und andere reaktionäre Petrefaktensammler und Altertumsforscher vom Teufel geritten würden und ein Gelüst verspüren sollten, die revolutionären Errungenschaften wieder anzutasten, dann könnten sie ihr blaues Wunder erleben und erfahren, wie hoch unser Volk freies Wahlrecht, Frauenrecht, Achtstundentag und andere Grundrechte einschätzt, mittels deren es ja doch am Ende den Reichtum alles Rechts in seinen Händen hält. Wenn ja auch zurzeit leider noch die verfahrene Lage unseres unglücklichen Landes mit vollem Schwergewicht auf das Handeln drückt und es beeinträchtigt.

Ein so glühender und leidenschaftlicher Revolutionär Kropotkin auch gewesen ist, so wenig hat er dabei aber auch die Bedeutung der Frage verkannt, daß „die größten Ergebnisse bei möglichster Beschränkung des Bürgerkrieges, bei der geringsten Zahl der Opfer und einem Minimum gegenseitiger Erbitterung" erzielt werden müssen (Memoiren, 2. Band), während heute manche Leute zu glauben scheinen, die allerrevolutionärste „Energie" stecke in größtmöglichster Erbitterung gegen andere Menschen, in radikalstem Wortparoxysmus! Kropotkin kennt für sein vorhin betontes Ziel „nur ein Mittel: es muß sich nämlich der unterdrückte Teil der Gesellschaft so klar wie möglich über seine Ziele und die dahin führenden Wege werden und die zur Erreichung des Zieles notwendige Begeisterung besitzen". Darin liegt ja, daß die Begeisterung auch ausdauernd sein muß und nicht vorzeitig verfliegt.

Wenn wir also auch nicht wissen können, wie der weitere Verlauf der Umwälzung ist, in der wir stehen, so wissen wir doch, daß alle Beteiligten darauf sinnen müssen, daß möglichst keine oder möglichst wenig Kraft überflüssiger Weise vertan wird. Auch der revolutionäre Zweck muß mit möglichst geringstem Kraftverlust erwirkt werden. Läßt sich die kraftzehrende Gewalt vermeiden, dann muß es auch geschehen. Denn schöpferisch ist die Gewalt nicht, sie kann nur forträumen, schöpferisch ist nur die Arbeit! Nicht die Gewalt, sondern nur die Arbeit kann Reichtum schaffen und vermehren, die Gewalt zehrt sogar in gewaltigem Maße am Volksreichtum. Wer das vorher noch nicht wußte, hat es durch den Krieg erfahren, in dem unsere „300 Milliarden" errechnetes Volksvermögen buchstäblich verpulvert worden sind. Insoweit steht es mit den anderen Ländern nicht wesentlich anders. Und töricht wäre, diese traurige Wirkung auch für die revolutionäre Gewaltanwendung zu übersehen. Das Positive der Revolution kann sich nur in der ungehemmten Arbeit zum Segen des Volkes auswirken, die Beseitigung der Hemmungen ist eine notwendige Vorbedingung dazu, aber nicht mehr, sie ist keineswegs etwa schon die Auswirkung selbst.

Diese Bedingtheiten mögen unsere annoch Unbefriedigten doch nicht verkennen. Mögen sie sich, bevor sie urteilen, unterrichten, wie etwa Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung" (auch als billige Volksausgabe bei Thomas in Leipzig erschienen) der Gewalt im allgemeinen Naturgeschehen mit Recht nur eine beschränkte Rolle zuerkennt. Wir haben die Untersuchungen Kropotkins schon früher in der Metallarbeiter-Zeitung erwähnt und brauchen auch im Strudel unserer Tage nichts von dem damals Gesagten abzutun. Wir wünschen aber, daß auch recht viele unserer neuen Mitglieder das Buch Kropotkins über Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt lesen, es kann als Wegweiser gelten im Wirrsal der Meinungen.

Kropotkin kommt bei seinen Naturbeobachtungen zu der Auffassung, daß die gegenseitige Hilfeleistung eine größere Rolle spielt als der Kampf, und daß die Verträglichsten weit im Vorteil sind gegen die Streitenden. Und auch die Intelligenz — und sie besonders — übt sich mehr im geselligen Leben als bei der Gewaltübung. Um es anscheinend widersprechend auszudrücken: die Geselligkeit ist der größte Vorteil im Kampf ums Dasein! Kropotkin schließt sein Kapitel über die Tierwelt mit den eindringlichen, mahnenden Worten:

„Streitet nicht! — Streit und Konkurrenz ist der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden!" Das ist die Tendenz der Natur, die nicht immer völlig verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. Das ist die Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem Ozean zu uns kommt. „Daher vereinigt euch — übt gegenseitige Hilfe! Das ist das sicherste Mittel, um all und jedem die größte Sicherheit, die beste Garantie der Existenz und des Fortschrittes zu geben, körperlich, geistig und moralisch." Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchste Stufe in ihren Klassen erreicht, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch — der primitivste Mensch — getan hat; und darum hat der Mensch die Stufe erreicht, auf der wir jetzt stehen."

Kropotkin behauptet, daß auch bei den sittlichen Fortschritten des Menschen — wer stimmt ihm nach den fragwürdigen „sittlichen" Auswirkungen der hinter uns liegenden Gewaltzeit da nicht zu? — der gegenseitige Beistand — nicht gegenseitiger Kampf — den Hauptanteil gehabt hat und er erblickt darin die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechts!

Also kommen wir wieder zu der hausbackenen Weisheit, daß Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Dies wissen wir bestimmt, wie auch die Entwicklung der Dinge weiter verlaufen und wenn auch zuweilen auf die Menschen Goethes Wort zutreffen mag:

Er nennts Vernunft und brauchts allein,
Um tierischer als jedes Tier zu sein.

W. Häusgen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 17. August der **34.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **17.** bis **23. August 1919** fällig ist.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig			
Annaberg	15	15	15	1. September.
Aschersleben	30	15	15	1. „
Berlin	50	10	10	1. „
Darmstadt	40	15	15	15. August.
Döbeln	30	15	15 weibl. 10 jugdl.	10. August.
Egeln bei Staßfurt	30	—	10	34. Beitragswoche.
Hainichen	30	—	15	34. „
Ingolstadt	20	15	10	36. „
Lengefeld	15	—	10	33. „
Lugau	20	15	15	15. August.
Peine	30	15	15	1. September.
Riesa	20	15	15	1. „
Schladen	20	15	15	1. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: **An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Geldsendungen, die nicht auf das Postscheckkonto 6803, Postscheckamt Stuttgart, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungsstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! ◆ Zuzug ist fernzuhalten:

von **Elektromonteuren** nach Danzig (v. St.);
von **Formern und Gießereihilfsarbeitern** nach Vogelsang i. W. (Schröder & Brücking) D.;
von **Heizungsmonteuren und Helfern** nach Stendal (Gebr. Voß) D.;
von **Kesselschmieden** nach Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) St.;
von **Klempnern und Installateuren** nach Wittenberge, Bez. Potsdam, L.;
von **Metallarbeitern** nach Gumbinnen v. St.; nach Ohrdruf i. Th. St. u. A.; nach Memmingen (Fa. Schulz) M.; nach Überlingen (Fa. Turbo, Maschinenfabr.) St.); nach Weimar M.;
von **Meinsdrückern** nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.; nach Plettenberg (Firmen L. Seissenschmidt und R. Seuthe) D.;
von **Schnitt- und Stanzenbauern, Schlossern, Drehern und Stahlgraveuren** nach Zwickau (Fa. Rob. Koitsch) L.;
von **Werkzeugmachern** nach Vallendar (Fa. Joh. Kruck) L.;
von **Zinngießern** nach Regensburg (Fa. Wiedemann) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Bleilöter.

Hamburg. Zu dem Bericht des 7. Bezirks in Nr. 28 gestatte ich mir einige Bemerkungen. Der Berichterstatter weist zunächst darauf hin, daß in der dortigen Gegend es einige Bleilöter unternommen hätten, eine besondere Organisation der Bleilöter ins Leben zu rufen, und bezeichnet dies zugleich als Sonderbestrebungen. Ich muß hierauf erwidern, daß diese Auffassung schon richtig ist, die Bleilöter zu diesem Vorgehen aber auch gezwungen worden sind. Und dieses will ich sogleich auch beweisen. Ob die Bleilöter früher keiner Organisation angehörten, will ich dahingestellt sein lassen. Richtig aber ist, daß sie in früheren Jahren schon einen weit höheren Lohn hatten als die meisten anderen Arbeiter, und dieses ergab sich eben ganz einfach aus der großen Nachfrage und dem geringeren Angebot von Bleilötern. Und was das Wichtigste war: sie machten ihre Lohnbedingungen mit dem Unternehmer fast alle wohl selbständig ab. Nach der Revolution nun trieb es viele Bleilöter in die großen Verbände, in dem sichern Glauben, durch Anschluß an die größeren Berufe auch für sich ein besseres Dasein herauszuwirtschaften. Aber weit gefehlt. Gerade durch den Anschluß an den Verband ging der Lohn der Bleilöter früheren Verhältnissen gegenüber weit zurück, was ja auch der Berichterstatter zugibt. Denn meistens wurden die Bleilöter wegen ihrer geringen Zahl im Tarifabschluß kaum oder gar nicht aufgeführt, und da, wo sie sich dann doch hervorwagten und eine etwas bessere Entlohnung verlangten, wurde dies von den anderen Berufen einfach nicht gebilligt. Als Beispiel erwähne ich nur folgenden Fall. Bei einem Tarifabschluß zwischen einer Firma und dem Verband waren 4 Bleilöter ebenfalls nicht besonders aufgeführt, sondern waren mit den anderen Berufen im gleichen Rang. Der Stundenlohn betrug 2,30 *M* für Handwerker. Die Firma wollte nun den Bleilötern freiwillig einen Stundenlohn von 2,60 *M* zahlen. Dieses verbat sich aber unter allen Umständen die betreffende Arbeiterschaft und auch der Arbeiterausschuß, die selbstverständlich ebenfalls organisiert waren. Die Firma setzte aber trotzdem ihren Willen durch, indem sie die Bleilöter einfach zu Beamten machte und den Stundenlohn in Monatsgehalt umwandelte. Aehnlich ist es sicher noch vielen anderen Kollegen gegangen. Aus diesen und noch anderen Gründen entspringt nun der Wunsch bei vielen Kollegen, sich selbst berufsmäßig zu organisieren und zu diesem Zweck haben auch wir Bleilöter von Hamburg und Umgegend eine Vereinigung gebildet, trotzdem wir fast alle Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind. Die wichtigste Frage ist nun die: Kann der Metallarbeiter-Verband unsere Interessen voll und ganz so vertreten, wie wir dieselben dem Unternehmertum gegenüber früher selbst vertreten haben, oder ist dieses durch eine besondere Organisation der Bleilöter besser möglich? Ich persönlich stehe auf dem letzteren Standpunkt. Nur darf meines Erachtens diese Organisation nicht von ein paar Bleilötern über ganz Deutschland ins Leben gerufen werden, denn dieses ist doch wohl ein zu gewagtes Unternehmen. Es müßten überall dort, wo in einer Gegend genügend Bleilöter anwesend sind, sich diese zu einer Ortsgruppe zusammenschließen, und aus diesen Ortsgruppen würde dann eine Zentralstelle geschaffen und könnte dann ja auf der ersten Konferenz beschlossen werden, ob und welchem Verband man sich anschließen will, natürlich unter Beibehaltung der Zentralleitung. Diese Zentrale müßte auch, was im Bleilöterberuf sehr wichtig ist, die Stellenvermittlung leiten. Man wird ja nun einwenden, der Verband kann als größere Organisation die Interessen der Bleilöter weit besser vertreten als diese selbst. Ich gebe zu, wo viele Bleilöter bei einer Firma beschäftigt sind, z. B. Ludwigshafener Farbwerke oder Leverkusen, fällt es der betreffenden Ortsverwaltung wohl nicht allzu schwer, sich auch für die Bleilöter einzusetzen, aber da, wo die Bleilöter in nur geringer Zahl vorhanden sind, und dieses ist wohl über ganz Deutschland meistens der Fall, wird es der betreffenden Ortsverwaltung verdammt sauer gemacht werden, höhere Forderungen als andere Berufe durchzudrücken. Auch bin ich ganz und gar Gegner von dem Vorschlag in dem Bericht, Bleiarbeiter und Bleilöter zu einer Branche zu vereinigen, wie ich es ebenfalls für ein Unding halte, in einer neu zu bildenden Organisation der Bleilöter auch Unternehmer aufzunehmen. Eine absolut reine Fachorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut kann unsere alte Lage wieder herstellen. Heinrich Flügge.

Former.

Bremen. Stillegung der Gießereien auf den Atlaswerken. Die Direktion dieser Werke unterbreitete dem Arbeiterrat folgendes: „An die Arbeiter der Gießereien. Die Mitglieder des Arbeiterrats haben uns im November vorigen Jahres versichert, daß die Einführung der reinen Stundenlohnarbeit keine Verringerung der Arbeitsleistung verursachen würde. Dieses Versprechen ist von der Arbeiterschaft nicht erfüllt worden. Es ist vielmehr eine so weitgehende Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten, daß uns die Aufrechterhaltung des Betriebes unter solchen Verhältnissen nicht mehr möglich ist. In ganz besonderem Maße ist dies in den Gießereien der Fall. Inzwischen hat die Summe der Ausgaben allein an Lohn und Gehalt diejenige der Einnahmen überstiegen. Wir haben, nachdem die häufigen Verhandlungen mit dem Arbeiterrat über eine höhere Arbeitsleistung keine Besserung brachten, in einer Besprechung mit einer größeren Anzahl von Gießereiarbeitern eingehend dargelegt, daß die ungenügende Arbeit und das Nichtanschreiben der Arbeitszeit es unmöglich machen, unseren Kunden feste Preise zu nennen, noch ihnen Lieferungstermine aufzugeben. Die Folge ist, daß wir genügend Aufträge nicht mehr erhalten können, weil andere Gießereien, die in Stücklohn arbeiten, sowohl billiger anzubieten in der Lage sind, die auch feste Preise und Lieferzeit nennen können. In der gemeinschaftlichen Besprechung haben nun die betreffenden Gießereiarbeiter offen zugegeben, daß ungenügend gearbeitet werde, daß sie aber aus politischen Gründen die Arbeitsleistung nicht steigern wollten. Es liegt also absichtliche Arbeitseinschränkung vor, die das Werk zugrunde richten soll. Wir sind deshalb gezwungen, zunächst in der Stahlgießerei, Metallgießerei und den beiden Eisengießereien die Arbeit einzustellen. Diese Betriebe werden deshalb mit Schluß der Arbeit heute geschlossen und die betreffenden Arbeiter entlassen. Bremen, den 29. Juli 1919. Der Vorstand."

Daraufhin hat der Arbeiterrat sofort Verhandlungen mit der Direktion angebahnt, um eine Hinausschiebung des Beschlusses zu erwirken, damit die gesamte Arbeiterschaft dazu Stellung nehmen konnte. Die Betriebsversammlung im allgemeinen mußte zunächst eine abwartende Stellung einnehmen, bis die Gießereiarbeiter sich in dieser Frage klar geworden waren. Diese tagten gesondert und nahmen nach einer Aussprache folgende Resolution gegen 17 Stimmen bei einem Teil Stimmenthaltung an: „Die Former und Gießereiarbeiter der Atlaswerke lehnen nochmals mit aller Entrüstung das Ansinnen der Direktion, in das alte Joch wieder zurückzukehren, grundsätzlich ab. Die Former und Gießereiarbeiter sind die am meisten ausgebeuteten und ausgesogenen Arbeiter des ganzen Betriebes gewesen. Auf Grund dieser Tatsache erlauben sich aber die Former und Gießereiarbeiter der Direktion gegenüber folgende Erklärung abzugeben: Ist die Direktion bereit, den Arbeitern des ganzen Betriebes einen den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Mindestlohn von 8,50 *M* die Stunde sofort zu gewähren, sind anderseits die Arbeiter bereit, auf Grund ihres vollständig erschöpften Körpers, nachdem sie sich auch nur einigermaßen wieder erholt haben, die Produktion zu heben, soweit es ihr körperlicher Zustand gestattet. Sollte aber die Direktion auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, so sind die Former und Gießereiarbeiter dadurch gezwungen, das gleiche Mittel für sich in Anspruch zu nehmen und den uns von der Direktion angesagten Kampf aufzunehmen und mit aller Ruhe zu begegnen." Nach Bekanntgabe dieser Resolution in der Betriebsversammlung stellte sich die übergroße Mehrheit auf den Standpunkt, daß die Gießereiarbeiter bezüglich der weittragenden Folgen ihres Beschlusses nochmals zusammentreten müßten, um jetzt nach der gehörten Aussprache erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen, d. h. die gefaßte Resolution zu revidieren, da diese wichtige Angelegenheit letzten Endes für die gesamte Arbeiterschaft von größter Bedeutung sei. Eine nochmalige Behandlung dieser Frage war auch schon deshalb notwendig, weil in der Betriebsversammlung Angehörige der betreffenden Abteilungen gegen die stattgefundene Abstimmung Protest erhoben. Diesem Protest schlossen sich noch eine größere Anzahl Gießereiarbeiter an. Dienstag abend sollte nochmals eine Branchenversammlung stattfinden, um dem Wunsche der gesamten Kollegenschaft Rechnung zu tragen. Dieses ist leider verhindert worden, indem die Direktion bedauerte, nicht länger warten zu können und in folgender Erklärung ihren obigen Beschluß zur Ausführung brachte: „Der für gestern gefaßte Beschluß ist nicht zur Ausführung gelangt, da uns vom Arbeiterrat die Versicherung gegeben wurde, daß er nochmals alles versuchen würde, zu einer Verständigung zu gelangen. Diese Bemühungen sind leider vergeblich gewesen und es muß daher bei dem obigen Beschluß bleiben. Bremen, den 29. Juli 1919. Der Vorstand: gez.: Noltenius, Blaum." Diese Erklärung der Direktion wurde dem Arbeiterrat übergeben und zu gleicher Zeit in der Gießerei zum Anschlag gebracht. In Frage kommen etwa 300 Arbeiter. Wie weit die anderen Abteilungen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte die Direktion, das größte Interesse daran zu haben, alle anderen Abteilungen betriebsfähig zu erhalten.

Metallarbeiter.

Berlin. Praktische Gewerkschaftsarbeit der Rechtssozialisten. In der Abendausgabe des Vorwärts vom 31. Juli ist der Bericht einer Metallarbeiterversammlung enthalten, zu der nur Mitglieder Zutritt hatten, die bei der S. P. D. organisiert sind. Das gleiche trifft zu für die am 22. Juli abgehaltene Versammlung mit der Ausnahme, daß man mir als Bevollmächtigten den Zutritt gewährte. Man hat mich nicht eingeladen, wie in dem Bericht des Vorwärts vom Mittwoch dem 23. Juli zu lesen ist, sondern aus eigenem Interesse, um die Wünsche und Beschwerden der Versammelten kennen zu lernen, habe ich der Versammlung beigewohnt. Der oder die Einberufer haben nicht den Mut an den Tag gelegt, mich einzuladen, weil, wie sie wohl selbst annehmen konnten, ich einer Einladung nicht gefolgt wäre, dieselben sich auch scheuten, ihr gefährliches Treiben mit ihren Namen zu decken. In beiden Versammlungen ist man weidlich über die derzeitige Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hergezogen, und zwar wurde ich als Bevollmächtigter verantwortlich gemacht für alle Sorgen und Schmerzen, die diese Kollegen zurzeit empfinden. Man konnte sich diesen Scherz erlauben, da es unter Gleichgesinnten nicht allzu schwer fällt, durch Phrasen und Redensarten Personen in den Schmutz zu ziehen. Besonders glaubte der Referent, Kollege Wuschick, zurzeit Parteisekretär der S. P. D., durch haltlose Behauptungen, für die er niemals den Beweis erbringen kann, die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes zu verunglimpfen. Diese sei daran schuld, daß die Mitglieder der S. P. D. terrorisiert werden. Wir machten die Verbände zu einer Agitationszentrale der Unabhängigen und Kommunisten. Gewerkschaftliche Aufgaben wären uns gleichgültig. Kurz und gut, es blieb kein guter Faden an der Verwaltung. Noch deutlicher geht das aus dem Bericht des Vorwärts vom 31. Juli hervor. In der ersten Versammlung habe ich versucht, durchaus sachlich die Gegensätze zu behandeln. Es war mir dies unmöglich, da ich durch Zwischenrufe unlauterster Art dauernd unterbrochen wurde. Anstand oder Toleranz gegen den Meinungsgegner, zumal derselbe allein anwesend war, lag dieser Versammlung fern. Da beschweren sich diese Kollegen nun darüber, daß gegen sie Terror und was weiß sonst noch alles verübt wird. In der zweiten Versammlung konnte ich nicht anwesend sein, da ich außerhalb Berlins im Interesse meiner Organisation weilte. Aus dem Bericht habe ich allerdings ersehen, wie mit den widerwärtigsten Redensarten und Verleumdungen die einzelnen Redner gegen uns operierten. Der Kollege Ramsbrock erklärte nach einer Reihe haltloser Behauptungen, daß wir unfähig sind, eine Gewerkschaft zu leiten. Es wäre uns angenehm, wenn Ramsbrock den Beweis für diese Behauptung erbringen könnte. Wir selbst sind der Meinung, daß nur fähige Kollegen an der Spitze der Berliner Metallarbeiter stehen dürfen. Also, werter Kollege Ramsbrock, heraus mit der Sprache. Es ist Deine Pflicht, den Berliner Metallarbeitern zu sagen, worin unsere Unfähigkeit besteht. Wo haben wir erfolglose Streiks ins Werk gesetzt? Führe nur einen Fall an. Oder war es ein erfolgloser Streik — da Ramsbrock im Anschluß an seine Behauptungen von den Siemenswerken spricht —, den unsere Kollegen dort geführt haben? Das zeigt deutlich, daß Ramsbrock und den ihm Gleichgesinnten jegliches Gefühl für gewerkschaftliche Solidarität abgeht. Beim Siemensstreik sind die Vertrauensleute unserer Organisation gemaßregelt worden. Das war ein Schlag gegen die Organisation selbst. Hier war es Pflicht der Bevollmächtigten, diesen Schlag abzuwehren. Sämtliche Kollegen der Siemenswerke, gleichviel welcher Partei sie angehören, waren sich einig in dieser Frage. Da durfte und konnte die Verwaltung des D. M.-V. nicht anders handeln. Jeder andere Gewerkschaftsführer hätte so entscheiden müssen. Entweder kennt Ramsbrock den Sachverhalt nicht, dann mußte er schweigen und nicht verleumden, oder er hat nicht die Fähigkeit, ermessen zu können, welche große Gefahr der Organisation hier drohte, wenn die Firma Siemens ihre Ziele durchgesetzt hätte. Beides ist gleich schlimm. Der Kollege Ramsbrock hat die Wahl. Nun zu einer anderen Größe der Rechtssozialisten, dem Kollegen Wuschick. Dieser billigt mir den guten Willen zu. Seiner Ansicht nach habe ich allerdings nicht die Fähigkeit, praktische gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, da ich ja nicht der Beauftragte der Berliner Metallarbeiter, sondern der Beauftragte der Haase, Herzfeld und Cohn sei. Nun weiß ich erst, daß nicht die Berliner Metallarbeiter mich zu ihrem Bevollmächtigten gewählt haben, sondern die von Wuschick genannte „Dreieinigkeit" hat mich zu deren Führer erkoren. Platte abgedroschene Redensarten, mit deren ich wirklich nichts anzufangen weiß. „Verleumde nur keck darauf los, etwas wird schon hängen bleiben." Das ist die Parole, die Wuschick befolgt. Solange derselbe nicht den Beweis für seine Behauptungen antritt, muß ich annehmen, daß er elendiglich kneift. Doch gibt es in der Organisation einen Weg, wo auch Wuschick nicht ausweichen kann. Er wird bekennen müssen. Auf die unmaßgeblichen Aeußerungen von Bahn, Wegner und Erler einzugehen — Kollegen, die als Angestellte unserer Organisation genau wissen, was wir seit März an positiver Arbeit geleistet haben — wäre Zeitverschwendung. Aus diesem Treiben geht klar hervor, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Schon bei unserer Wahl wurde von dieser Seite behauptet, daß wir in einigen Wochen erledigt seien. Die früheren Leiter haben uns ein Arbeitsfeld hinterlassen, das auf den Zusammenbruch eingestellt war. Die Hoffnung, die darauf gesetzt wurde, schwand bald dahin. Jetzt gibt der Kollege Ramsbrock uns schon eine Frist von 18 Monaten. Die Entscheidung, wie lange wir als Bevollmächtigte tätig sein werden, haben nicht Ramsbrock, Wuschick und die der S. P. D. angehörenden Kollegen, sondern die Berliner Metallarbeiter und zuletzt wohl auch ein klein wenig wir selbst. Es können Verhältnisse eintreten, die uns zwingen, unseren Posten zu verlassen, ohne daß wir das Vertrauen unserer Kollegen verlieren. Damit müssen sich die von einem ungesunden Ehrgeiz geleiteten Quertreiber innerhalb unserer Organisation schon abfinden. Wir erheben keinen Anspruch darauf, unsere jetzige Stellung auch nur einen Tag länger zu bekleiden, als dies unsere Ueberzeugung und die Verhältnisse zulassen. Es dürfte wohl auch bekannt sein, daß wir Cohen nicht verdrängt, sondern dessen Funktionen übernahmen, als derselbe freiwillig ging. Hiermit könnte diese Angelegenheit für uns erledigt sein, wenn das Treiben dieser Kollegen nicht schädigend für die Organisation wäre. Der Gipfel der Verleumdung wird damit erreicht, daß ein Redner — den Namen hat man wohlweislich nicht genannt — erklärte, „der frühere langjährig beschäftigte Kassierer Hennig habe gekündigt, weil er die Schweinerei, die jetzt im Verbandsbureau herrsche, nicht mehr mit ansehen könne." Am Freitag den 1. August d. J. war Hennig in unserm Bureau. Der Bericht des Vorwärts wurde ihm vorgelegt. Hennig erklärte darauf in Gegenwart mehrerer Zeugen dem Sinne nach folgendes: „Ich habe meinen Posten verlassen, da ich die lange Arbeitszeit nicht mitmachen wollte. Ich habe gemerkt, je länger ich in der Organisation beschäftigt bin, je älter ich wurde, desto ausgedehnter wird meine Arbeitszeit. Weil ich einsah, daß bei dem ständigen Anwachsen der Arbeit auch in absehbarer Zeit sich daran nichts ändern wird, darum habe ich gekündigt." Das trifft zu. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht haben die Bevollmächtigten, Kassierer sowie die übrigen Verwaltungsmitglieder zu tun, um die durch das gewaltige Anwachsen der Organisation auf uns eindrängende Arbeit erledigen zu können. Wenn da jemand nicht mehr mitmachen will, ist es seine Angelegenheit. Wo ist da die Schweinerei in der Verwaltung? Hoffentlich hat der ungenannte Verleumder den Mut, sich zu äußern. Wuschick, Ramsbrock und so mancher andere Kollege sind selbst daran schuld, wenn die Berliner Metallarbeiter kein Vertrauen zu ihnen haben. Dies werden sie auch nicht wiedergewinnen, solange dieselben auf diesem Wege fortschreiten. Das Gegenteil wird eintreffen. Der letzte Rest von Achtung wird verloren gehen. Das Treiben dieser Kollegen führt dazu, daß jeder sehr bald erkennen wird — auch die ihnen jetzt noch anhängenden Kollegen — worauf es abgesehen ist. Wollten diese Kollegen wirklich bessernd in die ihrer Meinung nach zerrütteten Verbandsverhältnisse eingreifen, so kennen sie den Weg. In Betriebs-, Bezirks-, Branchen- und Generalversammlungen können die Kollegen für ihre Ueberzeugung eintreten. Dazu fehlt es scheinbar an der notwendigen Ueberzeugungstreue. Bringen dieselben dort sachlich ihre Argumente vor, so werden dieselben auch angehört werden. Es scheint jedoch, es fehlt dazu das notwendige Selbstbewußtsein. Ein Antrag an die Generalversammlung ist bis jetzt von diesen Kollegen nicht eingelaufen. Entweder ist wirklich nichts zu bessern, oder die Argumente, sowie geistige Beschaffenheit, reichen nicht dazu aus, etwas wirklich Brauchbares zu bringen. Beschreiten die Kollegen den durch das Statut vorgesehenen Weg nicht, so sage ich ihnen in aller Offenheit: Sie wollen die Geschlossenheit der Organisation gefährden. Bei der Gefährlichkeit dieses Treibens muß die Verwaltung mit allen statutarischen Mitteln im Interesse unserer Organisation eingreifen. Lächerlich ist es, wenn diese Kollegen von Terror sprechen. Etwa 1000 in diesen Versammlungen anwesende Kollegen wollen 180 000 Metallarbeitern ihre Meinung aufzwingen. Ist das nicht Terror? Das ganze mutet an, als habe man es mit unartigen Kindern zu tun. Es hat eine Zeit gegeben, wo, wenn meine Freunde und ich so gehandelt wie Wuschick, Ramsbrock und Genossen, man uns aus der Organisation entfernt hätte. Die Verwaltung kann und darf den der S. P. D. angehörenden Kollegen nicht Sonderrechte zubilligen. Sie können und sollen nicht anders behandelt werden, wie es durch das Statut vorgesehen ist. Alle Metallarbeiter Berlins haben in der gegenwärtigen Zeit mehr denn jemals alle Veranlassung, in voller Geschlossenheit zusammen zu stehen. Dafür zu sorgen ist Pflicht jedes organisierten Kollegen. Es ist notwendig, daß auch die Kollegen im Reich die Tatsachen erfahren, wie in der Berliner Verwaltungstelle von seiten der der S. P. D. angehörenden Kollegen gearbeitet wird. Vorwürfe, die der Vorstand und auch sonst noch Kollegen der Berliner Verwaltung machten, sind nie bewiesen worden. Jetzt zeigt sich deutlich, wo die Treiber in der Organisation sitzen. Was sagt der Vorstand dazu? Wird er diese praktische Gewerkschaftsarbeit der Berliner Rechtssozialisten decken? Es wäre zweckmäßig, daß der Vorstand sich hierzu äußert. Otto Tost.

Dresden. Dem in der Generalversammlung am 29. Juli 1919 vom Bevollmächtigten Marx erstatteten Kassen- und Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im zweiten Vierteljahr für die Hauptkasse der Einnahme von 250 336 *M* eine Ausgabe von 258 503 *M* gegenüberstand. An Arbeitslosenunterstützung wurden aus Verbandsmitteln 241 571 *M* und auf Konto Reichserwerbslosenfürsorge 1 213 950 *M* ausgezahlt. Im ersten Halbjahr wurden für Arbeitslosenunterstützung aus Verbandsmitteln 408 687 *M* verausgabt, während sich die Reichserwerbslosenunterstützung seit Bestehen im November 1918 auf 2 643 000 *M* belief. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 163 045 *M*, die Ausgaben 120 390 *M*, so daß das Vermögen auf 154 150 *M* stieg. Unter der Einnahme ist die Rückvergütung der Reichserwerbslosenunterstützung in Höhe von 11,4 v. H. der ausgezahlten Summe mit 17 867 *M* enthalten. Die Mitgliederzahl ist um 2230 auf 33 972 gestiegen, darunter 1499 jugendliche und 8906 weibliche. Die Beitragsleistung beträgt 13,1. Neueintritten von 4806 (darunter 490 jugendliche und 1258 weibliche) standen Austritte in Höhe von 2164 (darunter 111 jugendliche und 1243 weibliche) gegenüber. Vom Militär kamen 1289, zum Militär gingen 869, zureisten 538, abreisten 541, in andere Verbände traten über 596 Mitglieder. Zum Abschluß gelangten 49 Lohnbewegungen, die sich auf 518 Betriebe mit 13 753 Beteiligten erstreckten, davon waren 12 Branchenbewegungen mit 445 Betrieben und 2595 Beschäftigten. Abwehrbewegungen waren 2 mit 256 Beteiligten. Neun Bewegungen, die sich auf 157 Betriebe mit 1618 Beteiligten erstreckten, mußten vor dem Schlichtungsausschuß erledigt werden, da eine Einigung nicht zu erzielen war. Streiks waren 4 zu verzeichnen mit 536 Streikenden. Fünf Bewegungen mit 293 Beteiligten endigten erfolglos und 3 Bewegungen wurden in das 3. Vierteljahr übernommen. Es sind jetzt für sämtliche Berufe tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 5418 Ende des ersten Vierteljahres auf 3382, darunter 1628 weibliche. Der Höchststand war im Februar mit 5913. Die Fluktuation ist groß. Einem Zugang von 3520 (darunter 881 weibliche) stand ein Abgang von 6139 (2007 weibliche) gegenüber. Die Arbeitslosenzahl in der Stadt Dresden ging von ihrem Höchststand im Februar von 25 000 auf 13 600 herunter. Das Arbeitslosenproblem ist nur durch Beschaffung von Arbeit zu lösen. Wilde Streiks müssen verhindert und Festigkeit in die Industrie durch die Arbeitsgemeinschaft gebracht werden, damit das Zutrauen der Besteller, besonders des Auslandes gestärkt wird. Auf eine Eingabe unserseits hat die Kreishauptmannschaft zugesagt, für das Wirtschaftsgebiet Großdresden einheitliche Unterstützungssätze und einheitliche Handhabung der Erwerbslosenunterstützung anzustreben. Es ist ferner eine Regelung der Unterstützung bei Arbeitsniederlegung infolge nicht tarifmäßiger Bezahlung erfolgt. Für die Arbeitslosen sind von der Stadt besondere Veranstaltungen und Kurse eingerichtet, deren Besuch zu wünschen übrig läßt. Es wurde mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, daß es unbedingt notwendig ist, auf wirtschaftlichem Gebiete die Einheitsfront im Interesse der Arbeiterschaft zu erhalten. Politische Auseinandersetzungen müssen in den Betriebsversammlungen unterbleiben und an den Stellen zum Austrag kommen, die hierfür geschaffen sind, nämlich Volksversammlungen und politische Organisationen. Erfreulicherweise muß festgestellt werden, daß sich diese Erkenntnis in immer weiteren Kreisen der Arbeiterklasse Bahn bricht. Nicht durch gegenseitige Bekämpfung, sondern durch Solidarität werden wir das Ziel erreichen, das uns erstrebenswert erscheint. Dem Bauarbeiterschutz ist durch Wahl von Delegierten wieder Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch hier sind Fortschritte im neuzeitlichen Sinne erwünscht und bereits in Vorbereitung. Neben der umfangreichen Agitation und den Lohnbewegungen erstreckte sich die Tätigkeit auf die Bildungsbestrebungen, die Regelung des Lehrlingswesens, im Schlichtungsausschuß, Demobilmachungsausschuß, die Arbeitsgemeinschaft, die Erwerbslosen- wie Kriegsverletztenfürsorge, auch Berufsberatung. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist die Mitwirkung aller Mitglieder notwendig. Der Bericht wurde zustimmend aufgenommen. Zur Erneuerung des gekündigten Tarifvertrages für die Metallindustrie vom 31. 3. 19 wurde eine 14gliedrige Kommission mit den Vorarbeiten betraut. Ferner wurde beschlossen, die Streik- und Maßregelungsunterstützung bis zur endgültigen Regelung durch den Verbandstag durch entsprechenden Zuschuß aus der Lokalkasse zu erhöhen.

Münster i. Westf. Am 26. Juli wurde unsere regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten. Der Verlauf der Versammlung war kein derartiger, wie er jetzt wohl hätte erwartet werden müssen. Der Vorsitzende hat sich ja bisher alle mögliche Mühe gegeben, die Versammlungen möglichst gut zu gestalten, hat aber mit all seinen Bestrebungen wenig Unterstützung bei den Kollegen gefunden. Von der Beteiligung an den Beratungen ist ganz zu schweigen. Die persönliche Unterhaltung steht immer im Vordertreffen trotz aller Ermahnungen. Es ist durchaus kein Verhältnis, wenn von 500 Mitgliedern 60 zur Stelle sind. Die Mitgliederzunahme in der letzten Zeit hat doch bewiesen, daß die Kollegen den Zweck des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannt haben; sie müssen nun auch dazu kommen, den Zweck der Versammlungen zu erkennen. Der Gedanke, daß, da nun überall Tarifverträge abgeschlossen wurden, die Versammlungen überflüssig sind, darf unter keinen Umständen

hochkommen. Die wirtschaftliche Niederlage, die wir durch die lange Kriegsdauer erlitten haben, muß behoben werden. Besonders zu dieser Frage gibt es so viel zu beraten, daß wir keine Ursache haben, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Gerade hier im schwarzen Münster ist es doppelt notwendig, am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, da wir sonst letzten Endes von den Christlichen in den Hintergrund gedrängt werden, was sicherlich nicht zum Vorteil unserer Gesamtorganisation wäre. Die Christlichen entfalten eine derartig intensive Tätigkeit, unserem Mitgliederzuwachs Einhalt zu gebieten, daß wir wohl auf der Hut sein müssen. Deshalb, Kollegen, hinein in die Versammlungen, helfe ein jeder nach Möglichkeit mit am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und am Ausbau unserer Organisation, damit uns dereinst auch hier nachgerühmt werden muß, unsere Pflicht getan zu haben. Besonders den jüngeren Kollegen muß dringend geraten werden, jede Versammlung zu besuchen, da nur hier der Ort ist, wo sie die nötige Aufklärung erlangen können.

Werftarbeiter.

Rüstringen. Die Zukunft der Wilhelmshavener Werft. Am 26. Juli wurde im Werftspeisehause eine Versammlung abgehalten, die von ungefähr 500 Beamten besucht war. Da das, was in der Versammlung verhandelt wurde, auch für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist, so wollen wir auch an dieser Stelle darüber berichten. Zunächst berichtete der Vertreter der Beamten, der in Berlin mit Vertretern der Angestellten und Arbeiter, sowie des Reichs-Marineamts beim Reichswehrminister an einer Besprechung teilgenommen hatte, über Umgestaltung der Werft, Entlassung von Arbeitern und Angestellten, sowie über Verwendung und Unterbringung von Beamten. In der Besprechung führte der Reichswehrminister aus, daß die Reichswerften wegen der trostlosen finanziellen Lage des Reiches keinen Zuschuß künftig erhalten könnten, sondern sich selbst unterhalten müßten. Kiel habe 70 Millionen Zuschuß angefordert, der Zuschuß für alle Reichsbetriebe belaufe sich auf 260 Millionen Mark. Diese ungeheuren Summen könne das Reich nicht aufbringen. Die Werft Danzig würde aufgegeben und da das Reich für eine Liliput-Marine 2 Reichswerften sich nicht leisten könne, werde die Werft Kiel dem Reichsschatzamt unterstellt, während die Wilhelmshavener Werft ganz bedeutend verringert der Marine erhalten bleiben und der übrige Teil an das Reichsschatzamt übergehen solle. Die Arbeitsleistungen auf den Reichswerften schätzte der Reichswehrminister auf 40 v. H. mit dem Bemerken, daß jedoch die Fischdampfer, die auf je 650 000 *M* veranschlagt wären, das Doppelte kosten würden. Diese Feststellung sei beschämend. Auf diese Weise kämen wir nicht zu geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern gingen dem Ruin entgegen. Von einem Arbeitervertreter wurde dem Minister entgegengehalten, daß nicht allein die Arbeitsunlust die Arbeiten verteuere, sondern auch der Materialmangel erheblich dazu beitrage. Zudem arbeiteten die Reichswerften nach fachmännischem Urteil mindestens ebenso billig wie die Privatwerften. Der Vertreter des Reichs-Marineamtes, Kapitän zur See Löhlein, entgegnete hierauf, daß die Arbeitslust auf den Werften nach seiner persönlichen Ueberzeugung sehr gering sei. Auf der Torpedowerft in Wilhelmshaven, vor allem beim Schiffbau, werde nur 0 bis 5 v. H. Arbeit geleistet. Wenn die Arbeitsleistung nicht gesteigert werde, werde das Reichs-Marineamt die Konventionalstrafen für die Fischdampfer zahlen und die Betriebe schließen. Der Reichswehrminister führte dann weiter aus, daß bei Beratung des Marineetats in erhöhtem Maße die Geld- und Personalforderungen gestrichen würden und daß auf Zuschüsse vom Reiche nicht zu rechnen sei. Die angedrohten Entlassungen von Arbeitern und Angestellten — in Wilhelmshaven rund 2000 Arbeiter und 550 Angestellte — seien nicht zu umgehen, sondern müßten energisch durchgeführt werden. Es koste eben Existenzen und deswegen müssen auch die Beamten auf erhebliche Verringerungen gefaßt sein, weil die Beamten genau wie Arbeiter und Angestellte zu behandeln seien, wenngleich ihnen auch ein klagbares Anrecht auf Ruhegehalt zustehe. Die Arbeitervertreter führen nun Beschwerde darüber, daß die Information, die der Reichswehrminister durch das Reichs-Marineamt erhielt, einseitig ist und sich nicht auf ein fachmännisches Urteil stützt, da zu den Besprechungen nur Offiziere als Berater hinzugezogen worden sind. In der Versammlung bestätigte dann auch ein höherer technischer Beamter auf Grund eines auf Veranlassung des Departementsdirektors, Kapitän zur See Löhlein, an das Reichs-Marineamt kürzlich abgegangenen Berichts über die Leistungen der Werft in den letzten Monaten, daß die Rentabilität der Reichswerft Wilhelmshaven nach den mit vieler Mühe zusammengestellten fachmännischen Unterlagen der einzelnen Ressorts ein wesentlich günstigeres Urteil abgibt, als es Kapitän zur See Löhlein beim Reichswehrminister dargestellt hat. Einleitend wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Feststellung der Leistungsfähigkeit einer Werft für einen Laien fast unmöglich ist und einem Fachmann erhebliche Schwierigkeiten bereitet, zumal in den jetzigen Zeiten, die mit Friedenszeiten nicht verglichen werden können, weil keine Vergleichsgegenstände vorhanden sind. Redner gab sodann einen kurzen Ueberblick, was hauptsächlich an Arbeitsgegenständen auf der Werft hier vorliegt und was in den letzten Monaten geleistet worden ist. Die Reparaturen an Kriegsschiffen sind nachweislich auf Privatwerften meist teurer geworden und sind trotzdem weniger sorgfältig ausgeführt worden wie auf den Reichswerften. Daß die großen Privatwerften teilweise einigermaßen rentabel gearbeitet haben, ergibt sich nicht sowohl aus ihrer Tätigkeit beim Neubau von Schiffen, sondern abgesehen vom Reparaturbetrieb meist aus anderen Arbeitsgebieten, die neben dem Werftbetrieb einhergingen, meistens Lokomotivbauten. Allgemein ist hinsichtlich der Reparaturarbeiten an Kriegsschiffen auf der hiesigen Werft zu bemerken, daß die Instandsetzung aller in Dienst befindlichen Fahrzeuge, insbesondere der des Minensuchwesens, erstens an sich viel mehr Arbeit mit sich bringt, als in und vor dem Kriege, weil die Instandhaltung durch die Besatzungen eine erheblich schlechtere geworden ist und daß zweitens die Arbeit infolge des jetzigen Bordbetriebes — langes Schlafen der Besatzungen — besonders in den Morgenstunden, vielfach gestört wird. Im ganzen muß man aber annehmen, daß die Leistung, insbesondere bei den Arbeitern vom alten Stamm, nicht geringer ist als auch auf den Privatwerften. Das beweist auch nachstehender Vergleich. Bei der Überholung der Hilfsschiffe gestalteten sich die Kosten auf der Reichswerft und den Privatwerften des Nordseegebietes nach den angestellten Abschätzungen von den betreffenden Werften, und zwar berechnet als Einheitssätze pro Kilo Eisenarbeit:

	für Losnehmen, Richten und Wiederanbringen	Losnehmen, Erneuern und Anbringen
1. Hamburg	4,— bis 5,— *M*	5,50 bis 8,— *M*
2. Bremen	4,— „ 5,— „	5,— „ 7,— „
3. Emden	3,50 „ 4,50 „	4,50 „ 6,— „
4. Wilhelmshaven (III)	3,— „ 4,25 „	3,50 „ 5,50 „

Auch das folgende Beispiel bestätigt diese Ansicht. Die kürzlich erfolgte Herstellung von Festmachebojen durch den Schiffbaubetrieb des Torpedoressorts hat rund 47 700 *M* hier gekostet, während das billigste Angebot von den Atlaswerken sich auf 61 000 *M* belief. Von den von der Werft in Auftrag genommenen Lokomotiven ist ein Teil bereits fertiggestellt. Die Uebernahmebeamten haben sich sehr lobend über die Ausführung der Arbeiten geäußert, Ausstellungen sind nicht gemacht worden. Die Leistungen der hiesigen Werft können demnach nicht in dem Maße zurückgegangen sein, wie offenbar durch Informationstätigkeit der Anschein erweckt worden ist. — In der Aussprache wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Torpedowerft von Privatfirmen mit Arbeitsaufträgen förmlich überlaufen würde, da die Arbeiten auf der Torpedowerft zum Teil billiger geworden sind, wie die Angebote der Privatfirmen. Bei einem Arbeitsobjekt von 70 000 *M* konnte schon nachgewiesen werden, daß die Kosten erheblich unter dem Kostenanschlag bleiben. Hinsichtlich des Baues von Fischdampfern wurde bemerkt, daß die einzelnen Bauteile bereits vorgearbeitet sind, in den Werkstätten liegen und nur der Aufmontierung harren. Allgemein wurde allseitig die Forderung erhoben, daß zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Werft und der Fortschritte an Bauten und Reparaturen nur Fachleute heranzuziehen sind. Aus der Versammlung heraus wurde nachstehende Entschließung vorgelegt und einstimmig angenommen: „Die am 26. Juli im Werftspeisehaus tagende Versammlung sämtlicher Beamten der Reichswerft Wilhelmshaven ist nach dem Bericht über die in Berlin stattgefundene Besprechung mit dem Reichswehrminister Noske der Ansicht, daß der Reichswehrminister und die Regierung über die Leistungen der hiesigen Werft einseitig und falsch unterrichtet sind. Die Beamtenschaft beauftragt den Beamtenausschuß und die Ortsgruppe des Marine-Beamtenverbandes als ihre berufenen Vertretungen, schärfsten Protest einzulegen und sofort die nötigen Schritte zu tun, um die tatsächlichen Verhältnisse auf der Werft allen zuständigen Stellen und der Oeffentlichkeit bekannt zu geben." Die erforderlichen Schritte sind inzwischen im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Angestelltenausschuß eingeleitet worden.

Rundschau

Die Streitfragen in der Berliner Metallindustrie,

über die wir für diese Nummer einen ausführlichen Bericht in Aussicht stellten, sind, nach Blättermeldungen, durch den Spruch des Schlichtungsausschusses erledigt worden. Wir haben von der Ortsverwaltung Berlin unseres Verbandes über die Angelegenheit einen Originalbericht verlangt. **Der Bericht ist eingetroffen, aber leider so spät, daß er für diese Nummer nicht mehr gesetzt werden konnte. Er erscheint deshalb in Nr. 34.**

Bekanntmachung des Reichsarbeitsministeriums.

Der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens in Karlsruhe, der christliche Metallarbeiterverband, Bezirk Baden, der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter, H.-D., Badens und der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung 9. Bezirk in Stuttgart, haben beantragt, den zwischen ihnen am 1. Juni 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für die Orte Karlsruhe, Durlach, Ettlingen, Rastatt, Gaggenau, Bruchsal und das zwischen diesen Orten gelegene Gebiet für allgemein verbindlich zu erklären.

Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 15. August 1919 erhoben werden und sind unter Nr. I B. R. 911 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

James Watt.

Am 19. August werden hundert Jahre seit dem Tage verstrichen sein, seit James Watt die Augen zum letzten Schlafe schloß. James Watt war der Verbesserer der Dampfmaschine. In ihrer früheren, unvollkommenen Form konnte sie nur beschränkte Verwendung finden, hauptsächlich nur für Pumpen in den Bergwerken. Watt gelang es, sie so auszugestalten, daß sie das wurde, was der damals noch junge und seine Glieder reckende Kapitalismus brauchte, eine Kraftquelle, die billiger war, als die bis dahin verwandte Tier- oder Menschenkraft. Mußten doch die ersten großen Spinnmaschinen noch durch Göpelwerke angetrieben werden, die von Pferden gezogen wurden. Auch Watt erging es wie so vielen anderen Erfindern: er hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und hätte er nicht das Glück gehabt, daß sein Geschäftsteilhaber Boulton ein anständiger Mensch war, so wäre er möglicherweise um die Früchte seiner Arbeit betrogen worden, wie so viele andere Erfinder. Die Dampfmaschine ermöglichte der Menschheit, Arbeiten zu verrichten, die früher niemand für möglich gehalten hätte. Man hat Watt als einen Wohltäter der Menschheit gefeiert. Daß dies vorläufig nur in sehr beschränktem Maße zutraf, war wohl nicht seine Schuld. Nach Lage der Sache war es nicht zu vermeiden, daß die Dampfmaschine zunächst dazu diente, dem Kapitalismus ungeheure Profite zu verschaffen. Für die Besitzlosen brachte die durch sie ermöglichte Verwendung leistungsfähiger Werkzeugmaschinen zunächst vermehrte Ausbeutung und vergrößertes Elend. Im ersten Bande seines Werks über das Kapital berichtet Karl Marx erschütternde Einzelheiten darüber. Dies dauerte so lange, bis einzelne Kreise der englischen Arbeiter sich zu Gewerkschaften zusammenschlossen und durch ihr Beispiel immer größere Teile des Proletariats zur Nachahmung ermunterten. Wenn es ihnen auch nicht gelang, die Ausbeutung einzudämmen, so erreichten sie doch wenigstens, daß das Proletariat nicht noch immer tiefer ins Elend sank. Die Maschine aus einem Mittel zur Ausbeutung der Massen zugunsten weniger in eine Helferin der ganzen Menschheit zu verwandeln, das ist eine Aufgabe, die immer noch der Zukunft vorbehalten ist. In Deutschland sind wir jetzt dabei, diese Aufgabe zu lösen. Glück auf!

Vom Ausland

Österreich.

Neue Verträge. Die Mechaniker Wiens schlossen nach langen Verhandlungen unter Mitwirkung der Wiener Bezirksleitung des Oesterreichischen Metallarbeiter-Verbandes am 16. Juni einen Vertrag ab mit 48stündiger Arbeitszeit in der Woche. Außer der üblichen Mittagspause darf nach Ablauf von mindestens fünf aufeinanderfolgenden weiteren Arbeitsstunden noch eine Pause von zehn Minuten gemacht werden, die in die Arbeitszeit einzurechnen ist. Der 1. Mai wird der Arbeiterschaft ohne Entlohnung freigegeben. Als Mindestlöhne gelten: Für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr 1,70 Kronen die Stunde, im zweiten Gehilfenjahr 2,10 Kr., im dritten 2,50. Modelltischler erhalten 2,80 Kr. Schnitt- und Stanzenmacher, Werkzeugdreher, Werkzeugschlosser, die als solche vorwiegend beschäftigt sind, erhalten zwei Jahre nach beendigter Lehrzeit 2,80 Kr., besonders befähigte Hilfsarbeiter, die noch nicht zwei Jahre als solche tätig sind, 1,75 Kr., bei mindestens zweijähriger ununterbrochener Beschäftigung 2,10 Kr., Hilfsarbeiter über 16 Jahre 1,40, unter 16 Jahren und Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre 1,20 Kr., Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 96 Heller. Der Teuerungszuschlag beträgt für sämtliche Lohngruppen 30 v. H. Alle bisher regelmäßig gewährten Zuschläge sowie die Familienzuschläge werden durch diesen Vertrag nicht aufgehoben. Bei Akkordarbeit wird der geltende Mindestverdienst verbürgt. Die Akkordpreise werden so festgesetzt, daß ein mittelmäßig befähigter Arbeiter wenigstens 10 v. H. über den Mindestlohn verdient. Bei Montagearbeiten, die mindestens einen halben Tag in Anspruch nehmen, beträgt der Zuschlag 15 v. H. des Stundenlohnes. Bei Montagearbeit außerhalb Wiens bleibt der Lohn freier Vereinbarung überlassen. Den Arbeitern steht das Recht zu, innerhalb der Betriebe Vertrauensmänner zu wählen. Diese sollen möglichst das 24. Lebensjahr erreicht haben und wenigstens zwei Jahre im Betriebe beschäftigt sein. Der Vertrag ist sechs Wochen vorher kündbar, darf aber nicht vor dem 31. August 1919 gekündigt werden.

Die Optiker schlossen einen ähnlichen Vertrag ab. Nach diesem beträgt der Mindeststundenlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr 1,70 Kronen, im zweiten Gehilfenjahr 1,95, im dritten 2,20; für befähigte Hilfsarbeiter über 18 Jahre, die mindestens zwei Jahre als solche gearbeitet haben, 1,75 Kr., für solche, die noch keine zwei Jahre als solche gearbeitet haben, 1,44, für andere Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre 1,20. Für sämtliche Lohnsätze gilt noch ein Teuerungszuschlag von 30 v. H. Die Akkordsätze werden um 20 v. H. aufgebessert unter der Voraussetzung, daß der Akkord den Grundlohn erreicht. Neu eintretende Arbeiter erhalten keine Familienzulage. Alle sonstigen Abmachungen und Begünstigungen sind aufgehoben. Kutscher, Chauffeure, Diener, Pförtner, Werkstättenschreiber und ähnliche Berufe unterstehen diesem Vertrage nicht. Die Kündigungszeit für den Vertrag dauert vier Wochen. Vor dem 31. August 1919 kann der Vertrag nicht gekündigt werden.

Ferner schlossen die Graveure einen Vertrag ab, der folgende Mindeststundenlöhne festsetzt: Für Graveure, Emailleure, Guillocheure, Formstecher usw. im ersten Gehilfenjahre 1,50 Kronen, im zweiten 1,83 Kr. und nach dem zweiten 2,44 Kr. Die Teuerungszulage beträgt 35 v. H. Alle Arbeiter, die diese Mindestlöhne bisher nicht erreichten, erhalten eine entsprechende Lohnaufbesserung. Wer diese Löhne oder mehr verdiente, erhält bis zu einem Stundenverdienst von 4 Kr. 35 v. H. Teuerungszulage, und solche, die über 4 Kr. verdienten, erhalten 20 v. H. Alle bisher gewährten Zulagen fallen weg. Befähigte Hilfsarbeiter über 18 Jahre, die schon zwei Jahre im Berufe tätig sind, erhalten 1,83 Kr., solche, die ein Jahr im Berufe tätig sind, 1,22, sonstige Hilfsarbeiter über 18 Jahre 1,22, unter 18 Jahren 1 Kr. Für Hilfsarbeiter beträgt die Teuerungszulage 30 v. H., bei einem Stundenverdienst von mehr als 3 Kr. nur 15 v. H. Befähigte Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre (Emaillierinnen, Löterinnen, Presserinnen und Goldprägerinnen) erhalten nach zweijähriger Tätigkeit im Berufe 1,83 Kr., nach einjähriger Tätigkeit 1,22, andere Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre 1,22, unter 18 Jahren mit Einschluß der Zeit des Auslernens 1 Kr. Der Teuerungszuschlag beträgt 25 v. H., bei einem Verdienst von mehr als 3 Kr. 10 v. H. Ferner erhalten verheiratete Männer und Frauen einen einmaligen Anschaffungsbeitrag von 100 Kr., ledige 70 Kr. und Jugendliche 50 Kr., jedoch nur dann, wenn sie einen solchen nicht bereits erhalten haben. Der Vertrag gilt bis zum 31. August 1919.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Otto Bauer: Der Weg zum Sozialismus. 1.—10. Tausend. Berlin 1919, Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. NW. 6, Schiffbauerdamm 19. 32 Seiten. Preis 50 ₰.

Die Stimme aus dem Grabe. Reden von **Jean Jaurès**, gesammelt und besprochen von Viktor Schiff. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 36 Seiten. Preis 1,50 *M*. — Von dieser Schrift ist zu demselben Preise eine Ausgabe in französischer Sprache erschienen.

Hans Hackmack: Die sozialistische Jugendbewegung. 39 Seiten. Preis 30 ₰ (Porto 5 ₰). — **Hans Hackmack: Die Jugend der neuen Zeit.** 36 Seiten. Preis 50 ₰. Beide Schriften erschienen in A. Hoffmanns Verlag G. m. b. H. Berlin O. 27, Blumenstr. 22.

Anklage der Gepeinigten! Geschichte eines Feldlazaretts. Aus den Tagebüchern eines Sanitäts-Feldwebels (1914—1918). Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakteur am Vorwärts. „Der Firn"-Verlag. Berlin W. 62, Lutherstraße 19. 31 Seiten. Preis 80 ₰.

Die „Wissenschaftliche Betriebsführung" und die Arbeiterschaft. Eine öffentliche Untersuchung der Betriebe mit Taylor-System in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von **John P. Frey**, Herausgeber der Internationalen Former-Zeitschrift, übersetzt von **Ed. Breslauer, Leipzig**, mit Genehmigung des Verfassers. Leipzig 1919. P. E. Lindners Verlag (F. Zahn). 71 Seiten. Preis 3 *M*. — Wir haben im Jahre 1917 einiges aus der Schrift des Kollegen Frey veröffentlicht (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 13 bis 15). Der Raummangel hinderte uns, der Schrift des Kollegen Frey so gerecht zu werden, wie sie es verdient. Jetzt ist denen, die sie genauer kennen zu lernen wünschen, durch die wörtliche Uebersetzung des Herrn Ingenieurs Breslauer Gelegenheit dazu geboten. Herr Breslauer, der auch schon in der Metallarbeiter-Zeitung eine Abhandlung gegen das Taylor-System veröffentlicht hat (1918, Nr. 11), hat der Uebersetzung ein längeres Nachwort angefügt, worin er, gestützt auf viele andere Veröffentlichungen, auf die Bedenken hinweist, die der Einführung des Taylor-Systems in Deutschland entgegenstehen. Wir empfehlen diese Schrift ganz besonders den Kollegen, die in den Betriebsräten sitzen.

Die Schneidstähle, ihre Mechanik, Konstruktion und Herstellung. Von Dipl.-Ing. **Eugen Simon.** Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit 545 Textfiguren. Verlag von Julius Springer in Berlin 1919. 112 Seiten. Preis 6 *M*. — Für **Dreher, Hobler,** Stoßer und Werkzeugmacher eine reiche Quelle der Belehrung.

Wir gehen in die Pilze! Ein Handbuch für Pilzfreunde und solche, die es werden wollen. Von **Johannes Jähling.** 2., bedeutend erweiterte Auflage mit etwa 150 Federzeichnungen im Text und zahlreichen, zu „Sammelgängen" vereinigten künstlerischen Pilztafeln. Preis des Buches 6,60 *M*, einschl. 10 v. H. Teuerungszuschlag. Preis jedes „Sammelganges", von denen bisher zwei vorliegen, 3 *M* einschl. Teuerungszuschlag. Oskar Laube Verlag, Dresden. — Wir haben dieses Buch schon im vorigen Jahre empfohlen. Jetzt ist es noch bedeutend verbessert worden. Die Abbildungen werden nicht, wie sonst üblich, auf einem großen unhandlichen Blatt vorgeführt, sondern auf bequemen Einzelblättern.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 23. August:
Apolda. Vorwärts, halb 8 Uhr.
Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8.
Ilmenau.

Sonntag, 24. August:
Nikolai O.-S. Garnes, 10—12 Uhr.

Samstag, 30. August:
Weimar. Volkshaus, 8 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Mühlhausen i. Th. Das Bureau (Bei der Marienkirche 10) ist geöffnet: Montag bis Freitag 11 bis 1 und 5 bis 6 Uhr. Erwerbslosen- und Krankenunterstützung Sonnabends 10 bis 1 Uhr. Sonnabend nachmittags u. Sonntag geschlossen. Alle Sendungen an den ersten Bevollmächtigten Alfred Pfotenhauer, Bei der Marienkirche 10.

Angestellte gesucht.

Landsberg a. Warthe. Geschäftsführer. Bewerbungen mit Angabe des Alters, Dauer d. Mitgliedschaft, bisheriger Tätigkeit in d. Arbeiterbewegung bis zum 26. August an H. Scheffler, Berlin NW. 5, Stephanstr. 29.

Gestorben.

Achern-Stadelhofen. Oskar Lott, 34 Jahre, Unglücksfall.
Dortmund. Ernst Weber, Dreher. — Karl Stellbrink, Metallarbeiter.

Sonstige Anzeigen

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Einige tüchtige **Dreher und Schlosser** auf Armaturen (Lohn und Akkord) gesucht. **Maschinenfabrik Albert Heinemann, Münster i. W.**

Erfahrener, selbständiger **Ankerwickler** für Wechsel- und Gleichstrommotoren in angenehme dauernde Stellung gesucht. Nähe des Schwarzwaldes. **W. Huber**, elektr. mechan. Werkstätte, **Offenburg**, Gaswerkstr. 5.

Einige tüchtige **Former** für dauernde Beschäftigung gesucht. **Automobilfabrik Paul Heinrich Podeus, Wismar a. Ostsee.**

Tüchtige Silber- u. Neusilber-Plattierer stellen sofort auf dauernde Beschäftigung ein **Stimming & Wenzlaff**, Metallwarenfabrik, **Altenburg, S.-A.**

Einen Feilenhauer für kleinere Sorten Feilen sofort in dauernde Stellung gesucht. **Alfred Wattke**, Feilenhauerei, **Aschersleben, Prov. Sachs.**

Feilenhauer für Fleron-Maschine sucht **F. W. Böcker, Hameln a. Weser**, Neuetorstr.

Selbständige Heizungsmonteure sofort für dauernd gesucht. **H. F. Otto Hoffmann**, Zentralheizungen, **Kassel**, Kirchweg 73, Fernspr. 87.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt einen **Mechaniker** als Einrichter für unsere Pittler-Automaten. Ausführliche Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit wolle man richten an **Junkers & Comp., Dessau.**

Selbständig arbeitende Lehmformer sofort gesucht. **H. Pauksch, Akt.-Ges., Landsberg a. W.**

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.